

Antimilitarismus



Argumente

und

Aktionen

www.militarismus-jetzt-stoppen.de.vu

Argumente für die Bundeswehr?

Gerade der aktuellen Legitimationskrise der Bundeswehr wird versucht, dieser einen neuen Sinn zu geben, Hier soll versucht werden, den häufigsten Behauptungen über den angeblichen Sinn und Zweck des deutschen Militärs etwas entgegen zu setzen. Und das gar nicht so schwer:



In modernen Kriegen ist eine Verteidigung sinnlos, da auch die Städte der Sieger in Trümmern liegen. (Coventry nach dem 2. Weltkrieg).

Verteidigung?

Viele sind der Meinung, sie benötigen die Bundeswehr zur Landesverteidigung. Doch die Verteidigung einer Industriegesellschaft mit militärischen Mitteln führt zu ihrer Zerstörung. Sie sind vollkommen abhängig von Wasser-, Strom- und Gasversorgung. Im Krieg werden diese Versorgungseinrichtungen zerstört und die Transportwege unterbrochen. Nach einigen Tagen wäre die Lebensmittelversorgung der Bevölkerung gefährdet. Die Industrieproduktion bräche zusammen. Die Zerstörung von Chemiefabriken und Atomkraftwerken würde riesige Mengen an Schadstoffen und radioaktivem Dreck freisetzen. Ein Angreifer würde die Anfälligkeit der Industriegesellschaft nutzen und gezielt die Infrastruktur zerstören. Verteidigung führt zur Selbstzerstörung, auch ohne Einsatz von Atomwaffen. Eine sinnvolle Verteidigungsstrategie muss ansetzen, bevor der erste Schuss gefallen ist.

Friedensmissionen?

Friedens erzwingung in einer Bürgerkriegssituation bedeutet, alle Bürgerkriegsparteien zur Kapitulation zu zwingen und zu entwaffnen. Das wurde z.B. 1993 in Somalia erfolglos versucht. Eine von der UNO legitimierte Eingreiftruppe unter Führung der USA sollte die Bürgerkriegsparteien entwaffnen, stieß aber auf Widerstand. Der Einsatz wurde abgebrochen, nachdem amerikanische Soldaten getötet wurden. Dass dieses Konzept immer noch keine Perspektive für Frieden bietet, sieht mensch u.a. gerade im Irak. Friedens erzwingung setzt militärisch-technische Überlegenheit einer Eingreiftruppe in einer voraus -ist also nicht möglich gegen den Willen einer atomar bewaffneten Großmacht (z.B. Indien, Russland). Eine militärische Intervention zur Entwaffnung von Bürgerkriegsparteien, auch wenn sie von den besten Absichten geleitet wäre, wird zu Verlusten unter der Zivilbevölkerung führen. Auch bei einer denkbaren Intervention mit der Legitimation der Vereinten Nationen stellt sich die Frage, wie viele Menschenleben geopfert werden dürfen im Interesse einer Kriegsbeenden-

digung oder der Wiederherstellung eines angeblichen Rechtszustandes. (Vgl. Koreakrieg, ca. eine Mil. Tote, Golfkrieg 1991 mindestens 100 000 Tote). Es gibt seit dem keine anderen oder neuen Konzepte zur Kriegsbeendigung mit militärischen Mitteln.

Humanitäre Einsätze

Viele glauben, Frieden schaffen sei der neue Auftrag der Bundeswehr. Was bedeutet dieser Friedensauftrag? Ist er wirklich erfüllbar? Eine Reihe unterschiedlicher Aufgaben wird damit angesprochen, z.B. humanitäre Einsätze: Der Transport von Hilfsgütern, der Einsatz bei Naturkatastrophen, die Evakuierung von Menschen bei Flutkatastrophen, die Räumung von Minen, die Errichtung von Flüchtlingslagern, das Bauen von Dämmen bei Hochwassergefahr, die Versorgung von Flüchtlingen und Kriegsopfern. Das alles kann und sollte die Bundeswehr auch tun, solange es sie noch gibt. Aber dafür braucht es keine Waffensysteme, sondern Kapazitäten zum Transport und entsprechende technische Ausrüstung. Ein technisches Hilfswerk, entsprechend ausgestattet und mit ausgebildeten Profis, kann diese Aufgabe effizienter und billiger erledigen, als eine bewaffnete Streitmacht.

Rohstoffversorgung

Der Bund der deutschen Industrie fordert von der Bundesregierung, dass diese endlich wie z.B. England und Frankreich eine militärische und außenpolitische Strategie entwickeln müsse, wie die deutsche Wirtschaft weiter an billige Rohstoffe kommt. Und diese Aufgabe der Bundeswehr findet sich auch in Regierungsverlautbarungen. Natürlich ist es möglich, im Irak, in Saudi-Arabien oder in den Emiraten z.B. zur Sicherung der momentanen Ölversorgung einzugreifen. Die Rohstoffvorräte werden dadurch jedoch nicht größer. Die ersten Konkurrenten der deutschen Industrie um Öl und Rohstoffe sind USA und Japan. Es hat keinen Sinn in einen Rüstungswettlauf gegen diese wirtschaftlichen Konkurrenten einzusteigen. Jeder Euro, jeder Dollar für Satelliten, für Fregatten, U-Boote, Eurofighter, Panzer



Ein geeignetes Werkzeug zum Brücken bauen und Kinder füttern?

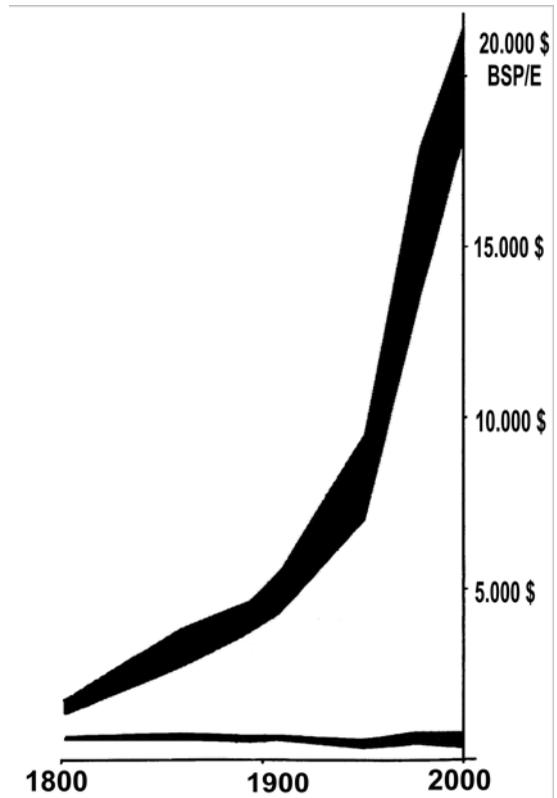


Ein mit entsprechenden Geldmitteln und Hauptamtlichen ausgestattetes Technisches Hilfswerk ist viel eher in der Lage, effektive Hilfe zu leisten als ein Militär mit Panzern und Gewehren.

und Hubschrauber ist vergeudet. Dieses Geld fehlt bei notwendigen Investitionen für eine regenerative Energieversorgung, die Rohstoffkriege unnötig machen würde.

Freier Welthandel

Dieser Auftrag der Bundeswehr steht seit Jahren ganz offen in den Regierungspapieren wie z.B. dem sog. „Weißbuch der Bundeswehr“. Das Gerede vom „Schutz des freien Welthandels“ vernebelt etwas ganz Entscheidendes: Gerade der freie Welthandel wirkt wie ein Wohlstandsauger, der Wertschöpfung von der Peripherie in die Zentren des Weltwirtschafts spült. Zwischen der durch die quasi-koloniale Ausbeutung entstandenen Armut und Kriegen besteht durchaus ein Zusammenhang. Je ärmer eine Gegend, desto unsicherer ist sie. Statt der Armut schaffenden und Krieg begünstigenden freien Welthandel militärisch zu schützen, muss eine wirtschaftliche Strategie entwickelt werden, wie die angeblich entwickelteren Regionen endlich aufhören, den Rest der Welt auszubeuten, und der in der Peripherie geschöpfte Wohlstand in diesen Regionen zu stabileren Lebensverhältnissen beitragen kann. Dazu könnten z.B. die Milliarden, die bisher das Militär Jahr für Jahr verschleudert, genutzt werden.



Die Graphik zeigt, dass internationaler Welthandel statt zu Entwicklung in den armen Ländern zu einer Anhäufung von Reichtum in den entwickelten Ländern führt. Interessant ist, dass auch nach der Dekolonialisierung keine Steigerung beim Reichtum der armen Länder stattfindet, aber der Reichtum der reichen Länder noch stärker zunimmt.⁴¹

Terrorismus

Viele Leute formulieren, dass mensch die Bundeswehr zum Schutz vor „Terroristen“ benötige. Dabei wird sehr viel zusammengeworfen. Der Begriff „Terrorist“ wird zum einen für die Gegner der Bundeswehr im Ausland verwendet. Da dies aber durchaus reguläre Kämpfer von Bürgerkriegsarmeen sind, werden sie nach dem Kriegsrecht behandelt. Deshalb sind die Kombandanten und keine Terroristen. So spricht die Nato in Afghanistan auch von „Insurgency activities“.

Und es ist wohl ziemlich auszuschließen, dass demnächst eine afghanische Armee davon abgehalten werden muss, in D-Land einzumarschieren. Ein weiteres Phänomen, das mit „Terrorismus“ etikettiert wird, sind Einzeltäter, die Verbrechen innerhalb Europas begehen. Doch noch nie wurde ein solches Attentat durch eine Armee verhindert. So gelang es auch der weltweit stärksten Armee nicht, die Anschläge gegen das World Trade Center in New York zu verhindern. Abgesehen, von der hier implizierten Forderung, Militär gegen VerbrecherInnen im Inland einzusetzen, ist die Verhinderung von Attentaten die Aufgabe der Polizei. Allerdings wird kein staatlich legitimierter Gewalttäter, egal ob Soldat oder Polizist, letztlich verhindern können, dass immer mehr junge Menschen finden, dass sich in ihrer Heimat etwas ändern muss, wenn die bisherigen ungerechten Regeln im „freien Welthandel“ weiter für eine Ausbeutung weiter Teile der Welt sorgen. Die eigentlichen Gründe für die Unsicherheit in der Welt liegen in der ungerechten Verteilung des Wohlstandes. Ohne weltweite Gerechtigkeit wird es auch keine Sicherheit geben. Solange die kapitalistischen Zentren auf Kosten des Restes der Welt leben, werden Menschen auf die Idee kommen, das es nun legitim ist, wenn sie sich auch eine Scheibe des Wohlstandes abschneiden, oder für eine Veränderung dieses Systems kämpfen. Ein Beispiel für diese These ist der Nordirland-Konflikt. Dreißig Jahre lang verunglimpft und bekämpfte die britische Regierung ihre Gegner_Innen als „Terroristen“. Aber militärisch ließ sich der Konflikt nicht lösen. Erst die Aussicht auf Erfüllung der politischen Forderung der Aufständischen nach gesellschaftlicher Partizipation durch die britische Regierung lässt ein Ende des Krieges möglich erscheinen. Solange ein gesellschaftliches Problem besteht, werden Menschen sich dafür einsetzen, dies zum Besseren zu verändern. Ist die Reaktion auf die Äußerung eines Anliegens Gewalt, so besteht die Gefahr, eine Gewaltspirale in Gang zu setzen, die erst durch eine Veränderung des Status Quo durchbrochen werden kann. Dies ist viel zu lange ignoriert worden.

Arbeitsplätze

Dann bliebe noch das häufig angeführte Argument: „Die Bundeswehr schafft Arbeitsplätze“. Wenn die Arbeitsplätze bei der Armee Selbstzweck wären, dann könnten Offiziere auch für Laubfegen oder Ziegenfüttern bezahlt werden. Diese Argumentation blendet komplett aus, das die Arbeitsplätze bei einer Armee einzig und allein im Bedienen und Nutzen von Tötungsmaschinen bestehen. Und das die jeweiligen Politiker, die diesen Aufwand rechtfertigen, diese gigantische Tötungsmaschinerie auch einsetzen werden. Außerdem ist das Argument sachlich falsch. Die Bundeswehr vernichtet mehr Jobs, als sie schafft. Um den Umbau der Armee zum weltweiten Tötungsinstrument bezahlen zu können, wird überall anders gespart. Also Jobs vernichtet: Bei Jobs im sozialen Sektor landen 90% des Geldes als Gehalt auf den Konten der ArbeitnehmerInnen, bei Rüstungsausgaben nicht einmal 50%. Für jeden Job in der Armee und der Rüstungsindustrie ließen sich wahrscheinlich 2 neue Jobs im sozialen Sektor schaffen! Auch das aktuelle Gejammere (2010) um die „Einsparungen“ bei der Bundeswehr blendet vollkommen aus, das der Wehretat auch in den nächsten Jahren steigen soll. Lediglich am Ausmaß der Steigerung wird gespart. Dabei ist der Wehretat bereits jetzt der drittgrößte Posten im Bundeshaushalt.

Herrschaftskritisch gegen die Bundeswehr

Die gängigen Argumentationen gegen die Bundeswehr versuchen oft, die Gründe, die angeblich für die Existenz der Bundeswehr sprechen, zu entkräften. Aber selbst wenn dies gelingen sollte, liegen immer noch keine Gründe auf der Hand, die Bundeswehr abzuschaffen. Dabei gibt es genug davon! Einige Argumente für eine offensive und herrschaftskritische Grundsatzkritik an Militär, Staat und Ausbeutung:

Krieg ist eine Extremform von Herrschaft.

Selten tritt Herrschaft so offen zu Tage wie im Krieg. Völlig unverschleiert tritt hier zu Tage, dass einige Menschen mehr Verfügungsgewalt über gesellschaftliche Ressourcen haben als andere. Diese Privilegierten sind in der Lage, die Folgen ihres Handels auf andere abzuwälzen. Natürlich ohne die Betroffenen zu fragen werden Häuser zerstört und Menschen erschossen.



Banner-Aktion in Husum 2008

Armeen verkörpern Herrschaft

Innerhalb von Armeen herrschen Prinzipien, die der Idee vom freien Menschen in freiwilligen Vereinbarungen völlig zu wieder laufen. Der sprichwörtliche Kasernenton dient dazu, Menschen zu demütigen und zu unterwerfen. Später geht es darum kritiklos Befehle zu geben und auszuführen. Selbstbestimmung? Keine Spur...

Militär prägt Gesellschaften

Armeen prägen Gesellschaften-Direkt und indirekt. Die indirekte Wirkungen sind breit gefächert: 23 Milliarden Euro werden pro Jahr für Tötungsgeräte bereitgestellt, anstatt sinnvoll verwendet zu werden. Bundeswehrhistoriker wie Michael Wolfson denken laut über die Akzeptanz von Folter nach. Die Aufträge der Bundeswehr sorgen dafür, dass an Universitäten und Firmen an Tötungsmaschinen und Konzepten geforscht wird, anstatt an Methoden das Leben zu verbessern. Offiziere sind oft gleichzeitig Kommunalpolitiker und „entfernen“ bei Bedarf kritische Menschen mit anderen Meinungen aus dem öffentlichen Dienst. Auf diese Wege prägen Armeen Gesellschaften auch indirekt in Richtung Militarisierung.

Armeen sichern Herrschaft

Egal ob weltweit oder lokal- Armeen dienen dazu, den gesellschaftlichen Status quo abzusichern. Armeen sichern das ungerechte Gefälle im Weltmarkt. Armeen sichern die Coltanminen im Kongo, in denen Menschen zu Tode geschunden werden, damit es in den entwickelteren Ländern billige Handys gibt. Armeen sichern Atomkraftwerke in Brasilien und im Iran, die z.B. von Siemens dort hin exportiert werden. Armeen sichern EU-Absatzmärkte auf dem Balkan. Für die Menschen, die diese Einsätze betreffen, wäre es auf jeden Fall besser, wenn es Armeen gar nicht gäbe!



Wahlplakatveränderung 2005, die auf die von Schröder begonnenen Kriege anspielt

Mit Armeen kann es keine Freiheit geben.

Die direkte Wirkung von Armeen auf Gesellschaften tritt erst in Extremfällen offen zu Tage: Wer versucht, diese Gesellschaft zu ändern, wird es auf kurz oder lang mit der Armee zu tun bekommen. So werden am Rande großer Demonstrationen bereits Soldaten und Kriegsgerät eingesetzt (z.B. Sicherheitskonferenz, G8). Aber auch in Husum lässt die Arme bei Bedarf rechtswidrig Friedensaktivisten verhaften (BW-Bigband 2006) oder schüchtert AnwohnerInnen des Marktplatz so lange ein, bis sie sich nicht mehr trauen, ihre Meinung frei und offen zu äußern und z.B. wie beim Gelöbnis 2004 in Husum kritische Transparente entfernen. Konsequente emanzipatorische Politik mündet in Ablehnung von Militär und dessen Struktur.

(Der Text wurde entnommen aus: Hauke Thoro, Herrschaftskritik-Analysen, Aktionen, Alternativen, Seitenhieb-Verlag-2010, ISBN 978-3-86747-039-1)

Braune Traditionen in der Bundeswehr

„Glauben Sie etwa, dass unsere Verbündeten mir achtzehnjährige Generäle abnehmen?“ Soll Konrad Adenauer angeblich gepöbelt haben, als er bei der Gründung der Bundeswehr haufenweise peinliche Personalien erklären musste. Denn alle leitenden Generäle und sehr viele Offiziere hatten eine Vergangenheit in der NSDAP oder der faschistischen Wehrmacht. Manche waren sogar nachweislich an Kriegsverbrechen beteiligt. Und leider wirkt dieses Erbe bis heute nach.

Einzelfälle?

Hin und wieder werden angebliche Einzelfälle öffentlich, z.B. wenn der Kommandeur des KSK Günzel (1) sich als Antisemit outet (2), oder folgendes in der Zeitung steht: „In einer Kaserne in Husum führte ein Soldat den „Deutschen Gruß“ wieder ein und rief dazu „Heil Hitler“ (3). Dann geben sich alle Verantwortlichen schnell sehr viel Mühe, dieses als Einzelfall darzustellen und weiter zu verharmlosen.



2006 befestigten Soldaten des vom Rechtsextremisten Günzel kommandierten „Kommando Spezialkräfte“ an einem Jeep die sog. „Rommel-Palme“, ein Wehrmachtssymbol.

Denn in einer „demokratischen“ Armee werde so etwas nicht geduldet. Zum Glück ist es heute wirklich so, dass offener Rechtsextremismus in der Bundeswehr weniger geduldet wird, als noch vor 10 Jahren. Und doch bleibt der Wehrdienst gleich bleibend attraktiv für Neonazis. Zudem häufen sich rechtsextremistische Vorfälle in der Armee, und (Ex-) Bundeswehrangehörige unter rechts-extremistischen Straftätern.

Rechtsextremistische Werte als Grundlage

Diese Tendenzen sind in der Überschneidung der Wertehorizonte der Neonazis und der angeblichen Realität eines Soldaten begründet. In der Bundeswehr glauben viele Neonazis ihre Wertevorstellungen von Führertum, Kameradschaft, Pflicht und Gehorsam verwirklichen zu können. Die Bundeswehr kommt ihnen dabei entgegen, da sie zum einen ähnliche Feindbilder konstruiert, die es zu bekämpfen gelte. Früher war dieses Feindbildkonstrukt „der russische Kommunismus“ (dasselbe Feindbild der Altnazis), und heute kämpft die Bundeswehr gegen den realen oder angeblichen „islamischen Terrorismus“, was dem ausländerfeindlichen Konstrukten der Neonazis sehr ähnlich ist.

Befehle senken Skrupel

Zum anderen wird durch das Training in der Bundeswehr die menschliche Tötungshemmung gezielt untergraben (klar: Soldaten sind zum Töten da). Dies geschieht dadurch, dass das Individuum gezielt gebrochen und gedemütigt wird. Gleichzeitig wird aber auch eine Alternative angeboten: Da mensch angeblich nur auf Befehl handeln würde, ist nicht mehr der Handelnde verantwortliches Subjekt, sondern der Befehlsgeber. Dies entspricht dem Führerprinzip der Nazis.



*Militärische Rituale mit Strammstehe, Fackeln und Fahnen-
eid zeigen die Rückwärtsgewandtheit der Bundeswehr.*

Überkommene Gesellschaftsbilder

Auch das Gesellschaftsbild, das die Bundeswehr zwangsläufig vermitteln muss, um ihre Existenz zu legitimieren, entspricht dem der Nazis: Die mannhaften (auch wenn's Frauen sind) Soldaten müssen stark mutig und heldenhaft die arme wehrlose Germania schützen. Zudem lernen Soldaten nur Gewalt und Stärke als

Mittel der Konfliktlösung. Sie sehen sich als legitimes Werkzeug einer angeblichen „Friedenspolitik“ (die aber ohne das Phallussymbol „Kanone“ nie auskommt!).

Statistisches

Das Neonazis dass auch so sehen, belegt eine Studie des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr vom Juni 1993. Eine deutliche Mehrheit der rechtsorientierten Männer sei freiwillig zum Dienst in „der Truppe“ bereit. Die Studie belegt den eindeutigen Zusammenhang zwischen der Einstellung zu Bundeswehr und Wehrdienst auf der einen und der politischen Orientierung auf der anderen Seite. Je mehr „rechts“ sich die Jugendlichen einstufen, desto klarer befürworten sie die Bundeswehr und den Wehrdienst. Diejenigen, die sich politisch eher „links“ einstufen, lehnen den Wehrdienst in der Bundeswehr ab. Eine eindeutige Mehrheit für den Dienst in der Bundeswehr bei der Wahlmöglichkeit zwischen verschiedenen Dienstmöglichkeiten findet sich nur unter jungen Männern mit rechtsextremer Einstellung. In der Studie ist nicht graphisch aufbereitet, jedoch aus den Rohdaten leicht auszurechnen, wie sich demnach eine durchschnittliche Bundeswehrehundertschaft zusammensetzen würde: weniger als 1% Linke (ein einziger Mann), 4% links von der Mitte, 47% aus der Mitte, 28% rechts von der Mitte und 21%, die sich selbst als Neonazis bezeich-

neten bzw. die Neonazis „ganz gut finden“. (Summe 101% durch Aufrundungen).

Hilfe für Nazis?

Besonders gefährlich ist diese Entwicklung deshalb, weil die Ausbildung und der Dienst bei der Bundeswehr dazu führen wird, die Hemmschwelle, Gewalt gegenüber Personen anzuwenden, herabzusetzen. Bei diesen Jugendlichen ist diese Hemmschwelle bereits vor dem Bundeswehrdienst herabgesetzt und einige haben bei der Befragung ganz offen zugegeben, dass ihnen die Innere Führung der Bundeswehr zu wenig autoritär und zu lasch ist. Sie wollen auch



Marineehrenmal Laboe: Hakenkreuze auf drei Stockwerken

deshalb zur Bundeswehr, um das zu verändern. Für sie ist die Bundeswehr auch ein Instrument, um sich gegen die vermeintlichen Nutznießer des sozialen Rechtsstaats, vor allem die Asylanten, die Arbeitslosen, die Behinderten und die Sozialhilfeempfänger zu wehren. Weil alle anderen, vor allem aber die

Politiker, versagt haben, müssen sie nun zur Selbsthilfe greifen, um das deutsche Volk zu retten, mit militanter Gewalt.

Die Bundeswehr faschistisch?

Die Bundeswehr insgesamt als faschistisch zu bezeichnen, geht also deutlich zu weit, und wäre denjenigen Vorgesetzten gegenüber ungerecht, die ernsthaft versuchen, sich zu engagieren. Doch da bei einer Armee Fehlverhalten aller Art immer mit Strafe, Arrest, etc. geahndet wird, wird hier definitiv gewaltbejahendes Verhalten mit gewalttätigen Maßnahmen beantwortet. Auch ist eine Armee immer mit Befehl und Kadavergehorsam verbunden. Zudem finden sich immer stärkedominierte Freund/ Feind –Schemata. In einer Armee wird das Individuum zurückgedrängt, und stattdessen ein kollektives „Wir“ aufgebaut. Dies führt immer zu einer autoritären Aufladung. Somit dürfte die Bezeichnung „faschistoid“ letztlich zutreffend sein.

Positive Bezüge auf die Nazi-Zeit

Dieser generell menschenfeindliche und undemokratische Beat in der Bundeswehr wird leider bis heute noch durch positive Bezüge auf das Nazireich verschlimmert. Natürlich hatten die Gründerväter keinen demokratischen Back-

round, und so hatte die Bundeswehr auch trotz Konzepten wie „Innere Führung“ nie eine Chance diesen zu bekommen. Dies sieht mensch u.a. darin, welche Vorbilder in der Bundeswehr propagandiert werden und daran, dass bis heute noch Kasernen und Schiffe nach Nazi-Generälen benannt sind.

Anmerkungen:

(1) KSK Kommando Spezialkräfte, DIE Spezialeinheit der Bundeswehr, Ende der Neunziger gegründete Spezialeinheit mit etwa tausend Soldaten, die weltweit alle möglichen Spezialeinsätze durchführen sollen und u.a. in Afghanistan und Bosnien Terroristen und Kriegsverbrecher jagten. Das KSK ist so geheim oder so peinlich, das nicht einmal der Bundstag, der angeblich die Bundeswehr kontrollieren sollte, erzählt bekommt, wie viele Leichen das KSK in Afghanistan als „Kollateralschaden“ abgetan hat.

(2) Die Hohmann-Affäre ist gemeint: Ein rechtsextremistischer CDU-Bundestagsabgeordneter (ja leider gibt's die immer noch) hielt 2002 eine Rede über das Tätervolk der Juden, und zeigte auf Anfrage von Panorama jede Menge Promipost, in der die Promis schrieben, wie toll sie seine Rede fanden. Unter anderem zitierte er auch einen Brief vom damaligen Oberkommandierenden des KSK. Damit war dann dessen Karriere vorbei, denn Kriegsminister Struck schickte ihn einen Tag später in Ruhestand.

(3) ausführliche Liste von rechtsextremistischen Vorfällen mit Bundeswehrosol-
daten: www.dfg-vk.de

(4) MAD „Amtes für Sicherheit der Bundeswehr“, „Militärischer Abschirmdienst“, der Geheimdienst der Bundeswehr.

Nazioffiziere in der Bundeswehr

Henning, Werner.

Vor 45: Abteilungschef im Oberkommando der Luftwaffe;
nach 45 Brigadegeneral, Chef des Materialamtes der Bundeswehr

Hinkelbein, Claus

vor 45: Oberstleutnant; Chef des Luftfeldgaukommandos XIV, Ritterkreuz.
Nach 45: Brigadegeneral, Kommandör der Schule für Innere Führung der Bundeswehr.

Kammhuber, Josef

Vor 45: General der Flieger, Planer des Luftkrieges, Vertrauter von Hitler/Göring.
Nach 45: General, Inspekteur und Chef des Führungsstabes der Luftwaffe

Laegeler, Hellmuth

vor 45: Generalmajor, unter Himmler Chef des Stabes des Ersatzheeres.
Nach 45: Generalmajor, Kommandeur der Führungsakademie der Bundeswehr, danach Berater der Landesreg. BaWü.

Lemm, Heinz-Georg.

Vor 45 Oberstleutnant, u.a. goldenes HJ-Ehrenzeichen.
Nach 45: Brigadegeneral; Komandör der Heeresoffizierschule III.

de Maiziere, Ulrich.

Vor 45: Oberstleutnant, Ritterkreuz, Kommandeur eines Stuka-Geschwaders.
Nach 45: Generalleutnant, Generalinspekteur der Bundeswehr.

Trettner, Heinz.

Vor 45 Oberst, 1. Generalstabsoffizier.
Nach 45: General, Generalinspektör und Chef des Führungsstabes der Bundeswehr.

Selmayer, Joseph.

Vor 45: Oberst, 1. Generalstabsoffizier Heeresgruppe F (Südosteuropa).
Nach 45: Brigadegeneral, Leiter des MAD.

Die Liste lässt sich leider fortsetzen, zumal mit der zweiten und dritten Generation von Offizieren noch mehr Wehrmachtsangehörige mit niedrigeren Rängen in die hohen Bundeswehrposten einrückten

Militär im öffentlichen Raum

Die Bundeswehr versucht seit einiger Zeit massiv im öffentlichen Raum präsent zu sein. Vom Kriegsdenkmälern, werbewirksamen Kranzniederlegungen, Bundeswehr-Bigband und Besuchen in Schulen ist Vieles vertreten. Dabei geht es oft weniger um konkrete Politik, sondern das meiste ist als Image-PR zu verstehen: Es wird versucht, den Menschen eine positive Assoziation mit der Tötungsmaschine Bundeswehr zu vermitteln.

Vielfältige Propaganda

Die dafür eingesetzten Mechanismen sind vielfältig. Die Bundeswehr-Show „Unser Heer“ versuchte vor einigen Jahren die Menschen schlicht mit einer perfekten Performance zu überfrachten: Rollende Panzer, zielgenau springende Fallschirmjäger und freundliche Herren hinter den Info-Tresen. Die Info-Veranstaltungen der Jugendoffiziere in Arbeitsämtern und Schulen zielen auf



Protest gegen BW-Bigband in Husum 2009

Nachwuchsgewinnung. Es geht darum, den Betroffenen eine Projektionsfläche für ihre Zukunftswünsche zu bieten. Die Auftritte der Bundeswehr-Bigband hingegen sind eher als gewöhnliche PR zu verstehen: Es geht darum, mit einer angenehmen Assoziation das eigene Label möglichst geschickt in den Köpfen der Menschen zu platzieren. Bei der Erwähnung der Bundeswehr soll an tolle Musik, und nicht an ermordete Afghanen gedacht werden.

Reaktionäre Politik

Politischer geht es bei Ausstellungen wie z.B. „300 Jahre Garnisonsstandort-50 Jahre Bundeswehr“ zu. Bei dieser komplett von (Ex-) Angehörigen des Militärs erarbeiteten Ausstellung wird die Geschichte der Armee in Husum dargestellt. Dabei sind sowohl die Auslassungen, als auch die Betonungen interessant. Die Nazi-Zeit wird völlig unkritisch dargestellt



Verändertes Militär-Ausstellungsplakat, Husum 2006

und erscheint als gigantisches Konjunkturprogramm für Husum. Die Beteiligung der Wehrmacht an der Bewachung der nordfriesischen KZs fällt völlig unter den Tisch. Die reaktionäre Sichtweise der Ausstellungsmacher fällt auch bei den Auslassungen deutlich auf: Was die Husumer Einheiten während der Meuterei gegen den 1. Weltkrieg 1918 machten, erfährt der geneigte Leser leider nicht.



Protest gegen BW-Bigband in Husum 2009

Tolle Auslandseinsätze?

Die Auslandseinsätze der Husumer Truppen hingegen kommen gut weg. Sie werden einfach abgefeiert und zelebriert als netter Betriebsausflug. Damit verbundene politische Fragen und Konflikte gibt es für die Militärs einfach nicht. Wahrscheinlich fällt ihnen der Widerspruch zwischen dem Anspruch, in Afghanistan „Demokratie“ schaffen zu wollen, und gleichzeitig in der Diktatur Usbekistan dafür Stützpunkte zu bauen, überhaupt nicht auf. Auch die Tatsache, dass sich bei „Friedensschaffenden Maßnahmen“ oft schlicht und einfach um Bombardements handelt, verschwindet in der Darstellung der Militärs. Auch wird nicht erwähnt, dass die „Sicherheit und Stabilität“, die die Husumer Einheiten vorgeben, auf dem Balkan zu schaffen, schlicht und einfach die Sicherheit und Stabilität der Absatzmärkte der EU absichern.

Autoritäre Zuspitzung im Alltag

Des Weiteren trägt das öffentliche Auftreten der Militärs bereits jetzt zu einer autoritären Zuspitzung im Alltag bei. Mit den alltäglichen Kriegsdenkmalern wird eine Geishaltung glorifiziert, die generell mit Kriegspolitik einverstanden war, durch ihr konform gehen mit autoritärer Politik Widerstand erschwerter, und das Führerprinzip prinzipiell akzeptierte. Eine ähnliche Funktion haben die

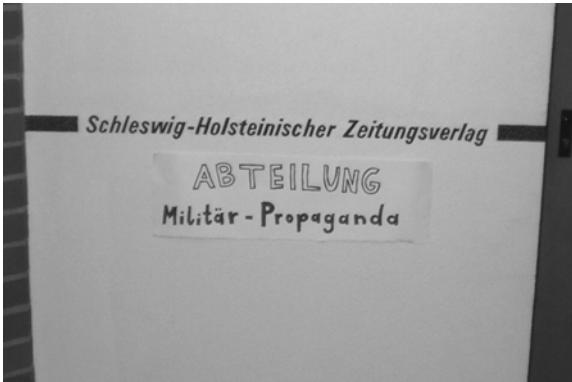


Soldaten hindern eine Aktivistin am Betreten der Husumer Innenstadt zur BW-Bigband 2006

öffentlichen Gelöbnisse, die auch in Husum stattfinden. Hier werden ganz deutlich militaristische Unterwerfungsrituale in den öffentlichen Raum transportiert.

Fremdwort Grundrecht?

Zudem sind die Militärs Gehorsam und Kritiklosigkeit so sehr gewohnt, dass sie bei öffentlichen Veranstaltungen regelmäßig gegen die einfachsten Grundrechte verstoßen wird. Dies zeigt allein die Beispielsammlung aus der Militärstadt Husum, die bei 20.000 EinwohnerInnen über 2000 Militärs beherbergt. Bei der Veranstaltung „Unser Heer“ 2002 versuchten die Feldjäger (Militärpolizei) gegen eine jugendliche Theatergruppe vorzugehen. Beim Gelöbnis 2004 setzten Soldaten AnwohnerInnen massiv unter Druck, bundeswehrkritische Transparente aus ihren Fenstern zu entfernen. Beim Bundeswehr-Big-Band-Auftritt 2006 wurde bereits Stunden vor Beginn eine gewaltfrei agierende Theatergruppe brutal verhaftet und zur Wache gebracht. Bei einem Gelöbnis 2009 reichten bundeswehrkritische Aufkleber auf der Kleidung für Platzverweise durch die Polizei. Bei einer antimilitaristischen Fahrradtour 2010 bestand der Husumer Wachleiter Emil Godau auf der Benutzung der Fahrradwege und drohte mit Bußgeldern. Bei all diesen Veranstaltungen bekommt die Bundeswehr das Recht, zu definieren, wer sich im öffentlichem Raum aufhalten darf, und wer nicht. Doch damit nicht genug: Dadurch, dass viele Soldaten sich ehrenamtlich z.B. in der Kommunalpolitik engagieren, geht der Einfluss des Militarismus noch weiter. So konnte Ralf Hessmann, verantwortlicher Offizier des BigBand-Auftritts, Chef der SPD in Nordfriesland und Bürgermeister von Hattstedt 2006 einen Friedensaktivisten aufgrund dessen Teilnahme an einem Straßentheater von seinem Arbeitsplatz im Jugendtreff entfernen.



Adbusting-Aktion beim sh:z 2008

Hofberichterstattung

Ein weiterer Baustein in der Propaganda-Kette sind unkritische Lokalzeitungen wie die Husumer Nachrichten, die mit „Hofberichterstattung“ aus den Kasernen auch für mediale Präsenz der Bundeswehr sorgen. Dass die meisten Medien sich unkritisch für Propaganda einspannen lassen, geben Soldaten ganz offen zu. 2004 ant-

wortete der Presseoffizier der deutschen SFOR-Kaserne in Sarajevo ganz unverblümt auf die Frage nach den von der Armee gebauten Brücken und Brunnen: „Brücken bauen? Ahh....Sie meinen die CIMIC-Kompanie! Ach, das machen wir nur einmal im Jahr für die Journalisten!“

Kriegerische Kollektive?

Bei einigen Krieg stellen sich sogar die etablierten Medien ab und zu die Frage nach dem „Warum?“, und entlarven dann auch durchaus kritisch, das es eben doch nicht um „Freedoom and Democracy“ geht, sondern meistens um hand-feste Wirtschaftsinteressen. Doch die Frage nach den Umständen und Rah-menbedingungen, die das Führen eines Krieges erst möglich machen, kommt selten auf.

Wir-Rhetorik...

„Wir alle müssen den Gürtel enger schnallen“, „Es muss ein Ruck gehen durch unser Land“, „Du bist Deutschland“, Wir sind Papst“, so schallt es einem stän-dig aus Zeitungen, Radio und Fernsehen entgegen. Die Intention dieser Bot-schaften ist immer dieselbe: Wir sind alle eins, Wir gehören alle zusammen! Und meistens kommt im Nachsatz dann dieses: Wir alle sind bedroht, oder es droht für uns alle ganz schlimm zu werden. Und deshalb müssen Unsere indivi-duellen Bedürfnisse hinter dem großen gemeinsamen Ganzen zurückstellen, und z.B. auch für 1,5 Euro arbeiten oder in einen Krieg gehen. Denn nur wenn Wir jetzt bereit seien, einige Opfer auf uns zu nehmen, werde es Uns weiterhin (halbwegs) gut gehen. Und alle, die das nicht einsehen wollen, sind angeblich wahlweise Scheinasylanten, Vaterlandsverräter oder Sozialschmarotzer, denn es gäbe angeblich keine Alternative zu der vorgeschlagenen Maßnahme.

...konstruiert Kollektive

Die Systematik dieser Rhetorik ist immer gleich, egal ob es sich um Kürzungen im sozialen Bereich, mehr Steuern, oder eben um einen Krieg handelt. Stets konstruiert der Sprechende ein gemeinsames „Wir“, zu dem angeblich alle ge-hören würden (der Fußballverein, die jeweilige Familie, die Politgruppe oder eben die Nation). Dabei definiert allein der Sprecher, wer dazu gehört, und wer nicht. Und niemand wird gefragt, ob er/sie überhaupt damit einverstanden ist. Und dann verpackt der Sprechende seine eigenen Individualinteressen als an-gebliches Gemeinschaftsinteresse der vorher konstruierten Gemeinschaft. Und für denn Fall, dass doch jemand diesen rhetorischen Trick durchschaut, wird mit Diffamierungen ein kleines bisschen Angst geschürt und nebenbei ein „Draußen“ definiert, vor dem die vorgeschlagene Maßnahme schützen solle. Konkrete Vorschläge, um die realen Gründe für Missstände zu beheben, sind selten, und kommen oft auch schlecht an, weil oft etwas hintergründiger als sog. Politik der harten Hand.

Akzeptanzbeschaffung...

Leider ist dieses Prinzip weithin akzeptiert. Fast nirgends finden sich Menschen ohne ein Label, Familienname, etc. zusammen, und orientieren sich nur an dem Bedürfnis, dass sie zusammenführte. Fast überall wird das angebliche „Wohl“ (also meistens Dominanzgedanken der jeweiligen Eliten) der Gruppe höher gestellt, als die Befriedigung des konkreten Bedürfnisses, um das es ei-gentlich einmal ging.

...auch für Kriege

Mit der Legitimierung von Kriegen verhält es sich ähnlich. Wenn kein Soldat einen Sinn darin sähe, sich totschießen zu lassen, wenn kein Steuerzahler Sinn darin sähe, statt Krankenhäuser Panzer zu kaufen, wenn Eltern keinen Grund sähen, statt Kinderpflege Gräberpflege zu betreiben, dann wäre Krieg politisch nicht durchsetzbar. Ist er aber leider, den noch glauben viele den Quatsch vom „Wohle der Allgemeinheit“.



Die Rahmenbedingungen

Ich will in keiner Weise behaupten, dass pure Individualisierung und Rücksichtslosigkeit im Umgang miteinander irgendwie friedensfördernd sei. Doch ein zum Selbstzweck verkommenes „Wohl der Allgemeinheit“ tut dies auch nicht. Im Gegenteil: Solange einige wenige Menschen mehr Möglichkeiten haben, ihre Interessen (notfalls auch mit Gewalt durchzusetzen), werden sie es auch tun. Wenn mensch heute keine Befehle ausführen will, dann gibt es Arrest. Wenn mensch heutzutage keine Kriegssteuern zahlen will, dann gibt es Strafprozesse. Dies ist für „die Herrschenden(1)“ sehr praktisch, denn durch die ihnen zur Verfügung stehenden Machtmittel können sie die Folgen ihres Handels anderen

aufdrücken. Mensch stelle sich nur einmal Merkel und Gutenberg beim Bewachen einer IFOR-Kaserne in Afghanistan vor, oder Josef Ackermann mit zwei Kinder, einer kleinen Wohnung und 345 Euro Hartz 4 im Monat, nachdem die Deutsche Bank ihn rausgeschmissen hat. Ähnlich verhält es sich mit Krieg: Niemand würde einen Krieg anfangen, wenn er die Folgen davon tragen müsste. Noch sind die Rahmenbedingungen von Gesellschaft leider so, dass es sich aus egoistischer Sicht auszahlt, mit dem Ellenbogen (im Extremfall Krieg) durchs Leben zu boxen. Um dies zu ändern, müssen die Rahmenbedingungen so beschaffen sein, dass es sich aus egoistischer Sicht am meisten auszahlt, solidarisch und kooperativ zu handeln.

Perspektive für Frieden

Somit kann nur dann dauerhaft Frieden sein, wenn alle Menschen gleichberechtigten und bedingungslosen Zugang zu allen gesellschaftlichen Ressourcen bekommen, und gleichzeitig die Gesellschaft ihren Straf- und Zwangscharakter verliert. Konkret heißt das: Nur wenn alle Verteilungsfragen gleichberechtigt ohne Zwang zur Einigung gelöst werden, gibt es kaum noch Grund, anderen Gewalt anzutun. Somit müssten dann zum einen Güterproduktion und Güterverteilung gleichberechtigt und horizontal organisierbar sein, und zum zweiten sämtliche Zwangsgemeinschaften wie Nation, Staat, Familie etc. freiwillig lösbar sein. Vereinbarungen und Kooperationen sollten nur noch freiwillig, das heißt ohne Zwang zustande kommen.

Vieles wäre anders- Gut so!

In so einer Gesellschaft würde ganz viel anders aussehen als heute, und mit dem Krieg würde hoffentlich noch so manches Übel wegfallen (Kriminalität wegen zuwenig oder zuviel Geld, Bürokratie, Verwaltung, Politiker...). Doch da das noch ein weiter Weg ist, bis verschleiernde „Wir“-Rhetorik der Vergangenheit angehört, macht es Sinn über Sofortmassnahmen nachzudenken, die allerdings eine grundlegende Veränderung der Verhältnisse nicht ersetzen können.

Rüstungsexporte stoppen

Die meisten Kriege finden in Ländern statt, in denen gar keine Rüstungsfabriken stehen. Mit einer Demontage der Rüstungsindustrie oder zumindest einem Exportverbot in den industrialisierten Ländern ließen sich einige Kriege mangels Nachschub förmlich austrocknen, oder zumindest ihre Intensität senken. Leider sind noch nie so viele Waffen aus D-Landistan exportiert worden, wie unter der Rot/Grünen Koalition.

Bundeswehr abschaffen

Mit dem Abschaffen der Bundeswehr fiele der Grund für Subventionen an die Rüstungsindustrie und ihr Hauptabnehmer weg. Zudem wäre dies ein wichtiges Signal an andere Länder, ebenfalls abzurüsten. Nie waren die Chancen dafür besser als jetzt, denn D-Land ist nur von Verbündeten umgeben. Dass Staaten leider auch ohne Armee auskommen, beweisen seit langem Island und Puerto Rico. Und für innere Sicherheit, Aufstandsbekämpfung, Terrorismus etc. gibt es leider immer noch die Polizei. Außerdem fürchte ich einen weiteren Nebeneffekt: Gerade ohne Armee könnte der Einfluss D-Landes in der Welt noch wachsen, da es als neutrale Macht ohne eigene Truppen der ideale Vermittler in allen Krisen wäre, und mit dem gesparten Geld sehr viele Gräben zupflastern könnte und leider auch damit sich der politische Einfluss/Hegemonialismus D-Lands weiter ausbreiten könnte.

Reichtum weltweit umverteilen

Armut ist der Hauptgrund für Kriege. Was liegt da näher, als eine globale Umverteilung des Reichtums zu fordern, zumal der angeblich „freie Welthandel“ sich in dieser Hinsicht jeden Tag aufs Neue blamiert? Kurzfristig ließe sich zumindest die Entwicklungshilfe erhöhen (bisher nicht einmal 1% des BSP). Allerdings müssten sich auch die Entwicklungshilfekonzepte ändern, den bisher sind diese eher darauf ausgerichtet, die Verwertbarkeit des jeweiligen Landes auf dem Weltmarkt zu erhöhen, als den konkreten Menschen zu helfen.

Anmerkungen

(1) eigentlich wehre ich mich gegen die pauschale Verwendung von platten Analysen wie „die Herrschenden“, da dies suggeriert, es gäbe ein paar „Herrscher“ und einen Haufen „Beherrschter“, und mensch müsste nur die paar Herrscher absägen, schon wäre alles toll. Leider stimmt diese Analyse nicht, da Herrschaft alle Bereiche des Lebens durchzieht, und selbst die grünalternative Unterschichtenmama gleichzeitig in mehreren Herrschaftsverhältnissen steckt, und selber z.B. über ihre Kinder herrscht oder ihren Verein dominiert.

Aktionen gegen Militär

Die Möglichkeiten, Militarismus mit Aktionen anzugreifen, sind schier unendlich. Gerade wenn die Militärs die Öffentlichkeit suchen, müssen sie diese auch ertragen. Hier ein paar Auszüge aus Pressemitteilungen als Inspiration.

Aktion gegen Militärpropaganda in Flensburg

Um gegen die tendenziöse Berichterstattung des Schleswig-Holsteinischen Zeitungsverlags (sh:z) zu protestieren, besuchten am 6.3. FriedensaktivistInnen das sh:z-Büro in Flensburg. Sie verteilten Flugblätter an PassantInnen, spannten ein Transparent und veränderten die Türschilder. Dabei zeigte der sh:z, was dort von Meinungsfreiheit gehalten wird. Der sh:z gibt in vielen Orten Schleswig-Holsteins die einzige Lokalzeitung heraus. Durch diese Monopolstellung kommt dem sh:z eine besondere journalistische Verantwortung zu. Nun gibt es Streit um dessen Berichterstattung. FriedensaktivistInnen kritisieren: „Der sh:z wird seiner journalistischen Verantwortung nicht gerecht!“ Der sh:z missbrauche sein Meinungsmonopol für verklärende Positiv-Berichte über die weltweit kriegführende Bundeswehr.

Militärtransport in NF blockiert

Eine Gruppe junger AktivistInnen hat am 17.2.2008 einen Zug der Bundeswehr gestoppt, um gegen Militarismus zu protestieren. Die AktivistInnen wenden sich sowohl gegen die kriegerischen Einsätze der Bundeswehr im Ausland, als auch gegen den Einsatz der Bundeswehr im Innern wie momentan in München zur Nato-Sicherheitskonferenz. „Für mich ist die Existenz von Einrichtungen, die Menschen zum Töten abrichten, einfach unerträglich!“ kommentierte die Aktivistin Hanna Poddig ihre Aktion. Die 22-jährige Aktivistin hatte sich in der Nacht von Samstag auf Sonntag an der Bahnstrecke zwischen Husum und Kiel an die Gleise gekettet und so die Weiterfahrt des Transportes aufgehalten. Über einen Zeitraum von einer Woche verlegt die Bundeswehr täglich Kriegsmaterial und Fahrzeuge der Flugabwehrraketengruppen 25 (Stadum) und 26 (Husum) zum Truppenübungsplatz Jägerbrück, Brandenburg. Dort findet ein Manöver statt, mit dem die Einheiten für die NATO-Response-Forces trainieren.

Oldesloe: Farbe und Fakes gegen die Bundeswehr

Kriegsdenkmäler mit Farbe verschönert, Kreiswehrrersatzamt angemalt und zwei gefälschte Schreiben sind offenbar die Bilanz einer Aktionsserie gegen Militarismus in Oldesloe. Lübeck (ots) - Im Zeitraum von Sonntag, 18. November, 11.00 Uhr bis Montag, 26. November 2007, 15.30 Uhr, verursachten bislang unbekannte Personen durch Farbschmierereien diverse Sachbeschädigungen am Krieggräberdenkmal am Berliner Ring. Hierbei wurden Kupfertafeln auf dem Mauerwerk mit schwarzer Farbe und dem Schriftzug: "alle Soldaten sind Mörder" besprüht. Zudem wurde die Statue in der Mitte der Gedenkstätte mit einem Eimer blauer Lackfarbe überschüttet. Der Sachschaden beläuft sich nach polizeilichen Schätzungen auf rund 1000 Euro.

Bundeswehr-Bigband-Auftritt in Husum

Am Samstag, 17.6.2006 fand in Husum ein Auftritt der Bundeswehr-Bigband statt. Die Innenstadt war im Ausnahmezustand, eine friedliche Polittheatergruppe verhaftet, und mehrere Menschen als angebliche "Störer" mit Platzverweisen belegt. "Der Marktplatz wird deshalb kein militärischer Sicherheitsbereich", scherzt Oberst Axel Schmidt" noch im März in einem Bericht der Husumer Nachrichten über das bevorstehende Event. Doch am Samstag sahen sich alle Skeptiker bestätigt: Die Großstraße war für den Straßenverkehr gesperrt, und wurde von Soldaten überwacht. Im gesamten Innenstadtbereich hatte die Bundeswehr das Hausrecht erhalten, und unterband weiträumig mit Hilfe der Polizei das Ausüben von Grundrechten wie der Pressefreiheit (Fotos nur mit Einverständnis), der Meinungsfreiheit (bereits für stumpfes Nörgeln bekam eine Person einen Platzverweis), der Kunstfreiheit und Flugblätter verteilen war auch verboten.

Gefälschter Ausnahmezustand

In Husum wurde im Kontext des Auftritts der Bundeswehribigband ein gefälschtes Schreiben des Ordnungsamtes verteilt, in dem praktisch der Ausnahmezustand wegen bevorstehender Störungen ausgerufen wird. In dem als offiziellen Brief mit amtlich wirkendem Briefumschlag aufgemachtem Schreiben erläutern der oder die Autoren, dass es in der vergangenen Woche eine wahrscheinlich politisch motivierte Farbaktion auf das Rathaus gegeben habe. In dem Rathaus wurde am selben Tag eine Ausstellung über den Garnisonsstandort Husum eröffnet. Anscheinend um diese zu stören, wurden bundeswehrcritische Graffitis gesprüht, und die Türschlösser unbrauchbar gemacht. Deshalb sei es wahrscheinlich, das auch der Auftritt der Bundeswehr-Bigband von „verwirrten Geistern, die nicht einsehen wollen, dass Deutschland auch am Hindukusch verteidigt“ werden müsse, attackiert werde. Deshalb träten ab Freitag folgende Sonderbestimmungen in Kraft: (Kurzfassung) Fahrverbot, Parkverbot, Meinungsfreiheit abgeschafft, Feldjäger dürfen alles und Personenkontrollen für alle. Unterschrieben ist das Schriftstück vom Bundestagsabgeordneten Ingbert Liebig. „Das ist ein starkes Stück!“ kommentierte laut Husumer Nachrichten der Kreisratspräsident Helmut Wree das Schreiben.

Farbe für die Bundeswehr

Im Husumer Rathaus ist seit Dienstag, 6.6.2006 eine Ausstellung über den Bundeswehrstandort Husum in den letzten 300 Jahren zu sehen. Kritische Töne sucht mensch natürlich vergebens. Doch anscheinend gibt es in Husum auch Menschen, die immer noch nicht verstanden haben, wie Armeen mit Panzern Kinder satt machen. Anscheinend haben unbekannte Täter in der Nacht vom 5. auf den 6. das Rathaus mit Graffitis verschönert ("Bundeswehr abschaffen" und "Kriegspropaganda sabotieren"). Zudem wurden die Türschlösser beschädigt. Die Einweihungsparty hielt dies allerdings nicht auf, da diese erst am Abend stattfand. Laut Husumer Nachrichten nahmen allerdings verschiedene Redner Bezug auf die Aktion. Gezeigt wird völlig unkritisch die Geschichte des Armeestandortes Husum.

Antimilitarismus im Internet

militarismus-jetzt-stoppen.de.vu

Aktionstipps im Internet:

Aktionstips:
www.direct-action.de.vu

Rechtstipps
(Gerichtsverfahren,
Festnahmen, Polizeirecht u.ä.)
www.recht-extremismus.de.vu

Kreative Antirepression:
www.projektwerkstatt.de/
antirepression

www.vortragsangebote.de.vu

Ihr wollt eine Diskussion, einen Workshop oder ein Seminar machen? Und sucht Referent_innen, Trainer_innen? Dann guckt Euch mal die Themen auf www.vortragsangebote.de.vu an: Von Trainings zu kreativem Widerstand über Workshops zu Hierarchieabbau oder politischen Themen wie Demokratiekritik, Herrschaftsfreiheit oder Umweltschutz von unten bis zu den legendären Ton-Bilder-Schauen oder Filmen ist da viel zu finden. Meldet euch bei Interesse in der Projektwerkstatt: 06401/903283 oder saasen@projektwerkstatt.de.

www.aktionsversand.de.vu

Bücher, DVDs und mehr zu politischen Themen und mit Aktionstipps.



Inhalt:

Argumente für die Bundeswehr?	S. 2
Herrschaftskritisch gegen die Bundeswehr	S. 6
Braune Traditionen beim Militär	S. 8
Militär im öffentlichen Raum	S.12
Kriegerische Kollektive	S.15
Aktionen gegen das Militär	S.18

Über diesen Reader:

Mit dem Afghanistan-Einsatz ist es relativ einfach: Zu klar liegt auf der Hand, dass bei Bombenangriffen mit 140 Todesopfern Militärs etwas nicht stimmt. Und so steigt die Ablehnung der Auslandseinsätze immer weiter. Anders verhält es sich mit der Zustimmung zur Existenz des Tötungsapparates Bundeswehr. Diese ist fast konstant. Dieser Reader will versuchen, über grundsätzliche Argumente für die Abschaffung der Bundeswehr zu informieren.

Die in diesem Reader verwendeten Texte stammen von der Initiative „www.militarismus-jetzt-stoppen.de.vu“ aus Husum (Schleswig-Holstein). Informationsveranstaltungen und Vorträge sowie die Dokumentation antimilitaristischer Aktionen in der Region stehen im Mittelpunkt der Aktivitäten. Seit 2007 beschäftigt sich die Initiative zudem verstärkt mit dem Themenfeld Repression, weil in Schleswig-Holstein, wie auch andernorts, Antimilitarist_innen kriminalisiert wurden und werden. Neben den in Husum verhandelten Prozessen wegen einer antimilitaristischen Gleisblockade 2008 wurden z.B. auch Totalverweigerer unterstützt. Außerdem engagiert die sich Initiative gegen Militärpropaganda wie z.B. regelmäßig stattfindenden Auftritte der Bundeswehrbigband.

Kontakt:

Michael Gode
Ludwigstraße 11
35447 Reiskirchen-Saasen